

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 36/39  
Telex: 08 88 846 ppbr d



## Inhalt

Robert Antretter MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Europakommission der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert das Europa-Wahlprogramm der SPD: 1984 - das Jahr der Entscheidung.  
Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, weist auf eine Experten-Anhöfung im Bundestag hin: Rüstung und Untereentwicklung.  
Seite 3

Konrad Gilges, Mitglied des Bundestagsausschusses für Familie, Jugend und Gesundheit, kritisiert die Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes: Die Wende nimmt kein Ende.  
Seite 5

Fritz Gautier MdEP, früheres Mitglied der Zentralen Kommission für biologische Sicherheit, fordert europäische Regelungen für die Gentechnologie: Das Recht auf Freiheit der Forschung darf nicht mißbraucht werden.  
Seite 6

39. Jahrgang / 36

20. Februar 1984

### Jahr der europäischen Entscheidung

Sozialdemokraten haben allen Grund, für ihr Europa-Programm zu kämpfen

Von Robert Antretter MdB  
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats  
Obmann der Arbeitsgruppe Europakommission der SPD-Bundestagsfraktion

Das jetzt verabschiedete Europaprogramm der SPD kommt zur rechten Zeit. Das Motto "Macht Europa stark" ist alles andere als bloße Wahlkampf-Rhetorik. Es signalisiert nicht mehr und nicht weniger als eine historische Notwendigkeit, die durch das Versagen der Herrschenden brennend aktuell geworden ist.

Niemand kann heute übersehen, daß die derzeitige Koalition in Bonn auch die Sackgassen europäischer Politik kräftig zementiert. Wenige Monate vor der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments heißt es in Brüssel buchstäblich: Rien ne va plus.

Chauvinistische Kleinkrämerei hat Hochkonjunktur, so daß Mrs. Thatcher diesen Zeitgeist lediglich konsequenten Ausdruck gibt, wenn sie unerbittlich und unbeirrbar die von Kohl beim "Stuttgarter Gipfel" - man erinnere sich an das "Wunder von Stuttgart" - zugesagten Rückzahlungen aus dem EG-Haushalt einfordert.

Anstatt eine gemeinschaftliche Industriepolitik, für die längst ausgearbeitete Konzepte vorliegen, regional umzusetzen, tritt das Europa der Bürokratien hilflos auf der Stelle. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird immer mehr zum Schauplatz eines dramatischen Kampfes der nationalen Volkswirtschaften gegeneinander. Wer dabei zunächst auf der Strecke bleibt, ist klar: Über zwölf Millionen Arbeitslose sind unschuldige Opfer politischer Unfähigkeit und nationalistischer Egoismen.

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Printed in Germany  
with special paper  
Ang. 01/84/1000



In Bonn zeigt sich: Das geduldige Bohren von harten Brettern ist keine Tugend technokratischer Konservativer. Selbstgefälligkeit statt Selbstkritik, monarchistisches Gehabe statt Entwicklung von Lösungsstrategien - angesichts so jämmerlichen Scheiterns wird es geradezu zur besonderen Pflicht von Parlamentariern, mit eigenständigen politischen Aktionen in die Bresche zu springen. Wir Sozialdemokraten haben seit dem Einsetzen der weltwirtschaftlichen Strukturkrise ständig auf Strategien zur Überwindung der demokratiegefährdenden Massenarbeitslosigkeit gedrängt.

Hans-Jochen Vogel hat die Forderung eines "Internationalen Beschäftigungspaktes" an die Spitze seines Wahlprogramms 1983 gestellt. Zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) haben wir solide Programme für ein qualitatives Wirtschaftswachstum entwickelt und dafür mehrere Male gemeinsam demonstriert. SPD und Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament sind auch nicht müde geworden, gegen die reaktionäre Ideologie und dem Aberglauben von jenen magischen "Selbstheilungskräften des Marktes" konkrete politische Handlungsalternativen zu formulieren.

Für die Umsetzung des Europa-Programms, ja für die politische Zukunft Europas überhaupt, wird es entscheidend darauf ankommen, daß die europäischen Bürger selbst mobilisiert werden. Die interessierte Öffentlichkeit braucht genauere und bessere Einblicke in den europäischen Entscheidungsprozeß, damit sie ihren eigenen Beitrag zum Wachsen der Gemeinschaft leisten kann. Die Bereitschaft dafür ist - allen Unkenrufen zum Trotz - vorhanden.

Europagerede und das Entwerfen von Verfassungen, denen es an politischer Durchsetzbarkeit gebricht, bringen Europa nicht voran.

1984 ist das Jahr der europäischen Entscheidung.

Wir Sozialdemokraten haben allen Grund, unser Programm für ein starkes und solidarisches Europa im wahrsten Sinne des Wortes populär zu machen. (-/20.2.1984/vo-he/rs)

+

+

+



## Entwicklung und Rüstung

---

Zu einer Sachverständigenanhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Entwicklung, die Ursachen und die Folgen der Rüstung in der Dritten Welt zu analysieren und aus dieser Analyse Konsequenzen aus entwicklungspolitischer Sicht zu ziehen, das ist das Ziel einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen durch den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 22. Februar 1984. Die Anhörung wird auf Anregung der SPD-Bundestagsfraktion durchgeführt.

Schon aus den bisher vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen ergibt sich ein aufschlußreiches Bild der Rüstung in der Dritten Welt, des Anteils der Industrieländer und besonders auch der Bundesrepublik hieran und der Möglichkeiten zum Handeln in diesem Bereich, das sich in groben Zügen wie folgt darstellt:

In der Rüstung der Dritten Welt vollzog sich in den letzten Jahren ein starker Wandel. Es kam nicht nur zu Steigerungsraten der Rüstungsaufwendungen, die die der Industrieländer übertreffen, sondern auch zu qualitativen Veränderungen, die sich in den Trends zum Bezug neuer und hochmoderner Waffensysteme, zu Eigenproduktion und zu eigener Forschung und Entwicklung zeigen.

Die Rüstungsaufwendungen aller Entwicklungsländer erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1980 von 33,3 auf 146,8 Millionen US-Dollar. Im einzelnen bietet sich allerdings ein sehr unterschiedliches Bild: Während die OPEC-Mitglieder vor allem des Nahen und Mittleren Ostens, einige höher entwickelte Staaten Nordafrikas und Westasiens sowie Staaten im Krisengebiet Zentralamerikas besonders hohe Steigerungsraten aufwiesen, sind die Aufwendungen in Schwarzafrika und Südamerika im allgemeinen gleichgeblieben, zum Teil sogar gesunken. Generell scheint eine Tendenz zu bestehen, die Rüstungsaufwendungen im Einklang mit dem Bruttosozialprodukt zu erhöhen.

Die Eigenproduktion der Entwicklungsländer und auch deren Export nimmt ständig zu. Über 30 Entwicklungsländer produzieren etwa 205 verschiedene Waffentypen, davon allerdings 56 Prozent im Lizenzbau und zahlreiche andere mit Unterstützung der Industrieländer. Atomwaffen besitzt die VR China; Israel soll ebenfalls über sie verfügen, Pakistan an ihrem Bau arbeiten; Argentinien und Brasilien sollen sich den Bau von Atomwaffen vorbehalten haben; Indien hat einen nuklearen Sprengsatz gezündet. Alle diese Staaten haben den Nichtverbreitungsvertrag nicht gezeichnet.

17 Entwicklungsländer sollen inzwischen über eigene Forschung und Entwicklung im Rüstungsbereich verfügen. Ihr Anteil an der weltweiten Arbeit in diesem Bereich beträgt etwa fünf Prozent.

Das Rüsteten in der Dritten Welt wird im wesentlichen auf drei sich im Einzelfall überschneidende Ursachenbereiche zurückgeführt,

- das Streben nach "innenpolitischer Stabilität" angesichts der sozialen, ethnischen, kulturellen und religiösen Spannungen in vielen Entwicklungsländern,
- die Betonung der Souveränität, das Prestigebedürfnis, tatsächliche oder vermeintliche äußere Bedrohungen, regionales oder überregionales Vormachtstreben,
- die Militarisierung der weltweiten internationalen Beziehungen, die Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Ost-West-Auseinandersetzungen und der Exportdruck der Indu-



strieländer mit Überkapazitäten im Rüstungsbereich, der den Rüstungsmarkt zu einem Käufermarkt hat werden lassen.

Die im Ergebnis unproduktive Verschwendung kostbarer Ressourcen durch die Rüstung in der Dritten Welt - wie natürlich auch in den Industrieländern - liegt auf der Hand. Die vielfach behauptete positive Auswirkung der Rüstung und der Rüstungsproduktion auf die Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung wird zwar nicht ganz ausgeschlossen, aber wegen der Unterschiedlichkeit militärischer und ziviler Bedürfnisse für durchweg unwahrscheinlich gehalten. Übereinstimmung besteht wenigstens darin, daß eine Verwendung der Rüstungsausgaben in anderen Bereichen ungleich größere positive Auswirkungen hätte.

Der ganz überwiegende Teil der militärischen Rüstung der Dritten stammt nach wie vor aus westlichen und östlichen Industrieländern. Die führende Positionen als Exporteure behaupten die Sowjetunion und die USA. Nach Frankreich und Großbritannien folgt - je nach der verwendeten Quelle - Italien oder die Bundesrepublik, deren Anteil an den Rüstungsexporten in Entwicklungsländer unterschiedlich mit 4,3 oder 1,6 Prozent angegeben wird. Das Verhältnis der Rüstungsexporte in Entwicklungsländer zu den Entwicklungshilfeleistungen wird übrigens für die Sowjetunion mit 5,6:1, die USA mit 1:1,3, wobei auf eine Tendenz zur Verschlechterung dieses Verhältnisses hingewiesen wird, und die Bundesrepublik mit 1:3,4 beziffert.

Der vorbereitete Eindruck einer verhältnismäßig geringen Rolle der Bundesrepublik im Rüstungshandel mit Entwicklungsländern wird als falsch bezeichnet, wie schon die Rangfolge im internationalen Rüstungshandel zeige. Die Rüstungsexporte einiger Industrieländer sollen in der letzten Zeit im Rekordtempo gestiegen sein. Zwei Drittel aller Entwicklungsländer sollen Waffen und ähnliche Leistungen aus der Bundesrepublik erhalten haben.

Als eine Besonderheit der deutschen Rüstungsexporte wird das Überwiegen indirekter, in den üblichen Statistiken nicht erfaßter Exporte gegenüber direkten Waffenlieferungen bezeichnet. Der Erlaß der "Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport" von 1971 veranlaßte die Produzenten, vermehrt auf die Lieferung von Lizenzen, Produktionsanlagen, Waffenelementen und sogenannten rüstungsnahen Gütern wie etwa Transportmittel aller Art auszuweichen und Koproduktionen mit anderen Ländern durchzuführen.

Die zahlreichen Vorschläge und Anregungen zum Thema betreffen verschiedene Bereiche:

- Friedenssicherungsmaßnahmen auf internationaler und regionaler Ebene,
- die Entwicklungszusammenarbeit als Mittel, innerstaatliche Konfliktursachen zu beseitigen,
- Einwirkungen auf Entwicklungsländer durch entsprechende Auflagen des IWF und Kürzungen entwicklungspolitischer Leistungen,
- die Reduzierung der Rüstungskapazitäten der Industrieländer,
- konkrete Maßnahmen in der Bundesrepublik.

Für die Bundesrepublik wird vor allem vorgeschlagen, die Exportgenehmigungsrichtlinien enger zu fassen und entwicklungspolitische sowie Menschenrechtsgesichtspunkte in sie aufzunehmen, die Transparenz und Kontrolle des Rüstungsexports wesentlich zu erhöhen und die Rüstungswerbung einzuschränken.

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird sich am Mittwoch in der mündlichen Anhörung intensiv mit diesen Daten und Vorschlägen befassen, um dann zu einem späteren Zeitpunkt die Anhörung auszuwerten und gegebenenfalls Schlußfolgerungen für die parlamentarische Arbeit zu ziehen.  
(-/20.2.1984/va-he/rs)

+

+

+



### Die Wende nimmt kein Ende

---

Mit der Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes sollen die Rechte der jungen Menschen noch weiter abgebaut werden

Von Konrad Gilges MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Familie, Jugend und Gesundheit

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat angekündigt, das Jugendwohlfahrtsgesetz zu novellieren. Ohne erkennbare Aufforderung durch die Fachöffentlichkeit konkretisierte er in den letzten Monaten sein Novellierungsvorhaben. Begonnen hatte die Diskussion mit dem Bekanntwerden eines Briefes des Bundesministers an den Bayerischen Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. In sieben Punkten faßte Heiner Geißler zusammen, was das Ministerium zu ändern gedenkt. Voraussetzung für alle sogenannten Anpassungen sei jedoch, daß die Novellierung nichts koste.

Die daraufhin einsetzenden Beratungen in den Verbänden und Zusammenschlüssen der Jugend sowie der kommunalen Spitzenverbände hatten zum Ergebnis, daß die Novellierung im Sinne von Herrn Geißler abzulehnen sei. Denn was unter dem Gedanken der "Kostenneutralität" herauskommen wird, ist eine Novelle, von der eher neue Einschnitte, vor allem in der Förderung der Jugendarbeit, zu erwarten sind.

Die Sorgen bestehen zurecht. Die von Heiner Geißler aufgeführten Punkte genügen längst nicht den jugendpolitischen Notwendigkeiten. So erwächst zum Beispiel aus der Streichung der Vorschriften über die öffentliche Erziehung die Befürchtung, daß die entsprechenden Mittel überhaupt nicht der örtlichen Ebene zugute kommen. Des weiteren ist zu bedenken, daß insbesondere bei den parlamentarischen Beratungen die Koalitionsfraktionen Einschnitte beim Paragraph 5, über die Regelung der Jugendarbeit, vornehmen werden. Und die Frage muß gestellt sein, wie die Verbesserung von Leistungen zum Beispiel für junge Erwachsene erreicht werden soll, wenn die Novellierung kostenneutral bleiben soll?

Diese und viele weitere Bedenken sind in den letzten Wochen geäußert worden. Vom Deutschen Städtetag bis hin zur Caritas überwiegt das Bild der Ablehnung. Und doch wird der Bundesminister nicht müde, seine Novelle anzupreisen. Zuletzt auf der konstituierenden Sitzung des Bundesjugendkuratoriums führte Heiner Geißler aus, daß er an der Anpassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes festhalte. Allerdings habe er nicht die Absicht, eine "umfassende Reform" anzustreben.

Hinsichtlich dieser Äußerung muß man sich wirklich fragen, wie inkompetent darf eigentlich ein Minister sein? Versteht Heiner Geißler denn nicht die vorgetragenen Befürchtungen? Sieht er nicht die Gefahren, die damit allgemein auf die Jugendhilfe zukommen?

Es ist schlimm, was die Koalition der Wende den Kindern und Jugendlichen bisher alles zugemutet hat: Tiefgreifende Einschnitte in die Bundesausbildungsförderung (BAFÖG), die Lehrstellenlücke, den Abbau des Jugendarbeitsschutzes, die Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerer durch das neue Gesetz. Heiner Geißler wird mit seiner Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz diesem Negativkatalog einen neuen Punkt hinzufügen.

(-/20.2.1984/va-he/rs)

+ + +



Gentechnologie bedarf europäischer Regelungen

Das Recht auf Freiheit der Forschung darf nicht mißbraucht werden

Von Fritz Gautier MdEP

Früheres Mitglied der Zentralen Kommission für biologische Sicherheit

Mit der kürzlich erfolgten öffentlichen Vorstellung von Untersuchungen des Bundesforschungsministeriums hat Minister Riesenhuber keine neue Initiative ergriffen. Der CDU-Bundesregierung darf keinesfalls erlaubt werden, durch einen nationalen Alleingang einer Entwicklung zu unterschiedlichen Sicherheitsvorschriften Vorschub zu leisten. Ihm muß entgegengetreten werden, wenn er unter dem Deckmantel der "Freiheit von Forschung und Lehre" multinationalen Unternehmen den beherrschenden Einfluß auf Organisation und Ausrichtung der Gentechnologie-Forschung verschafft. Alle gesellschaftlichen Gruppen - auch die Religionsgemeinschaften - müssen verhindern, daß Forschungsminister Riesenhuber in Europa ein Sicherheitsgefälle für Experimente mit lebenden menschlichen Embryos in Kauf nimmt.

Seit April 1983 beraten die Ausschüsse des Europäischen Parlaments die Probleme der Gentechnologie und der Experimente mit lebenden menschlichen Embryos. Beratungen im Rahmen des Europarats waren vorausgegangen und dauern noch an. SRD-Abgeordnete haben im Europäischen Parlament auf eine umfassende Anhörung zu den sozialen, rechtlichen und ethisch-religiösen Problemen der gentechnologischen Experimente und der Anwendung dieser Techniken auf den Menschen gedrängt.

Für die Gesetzgebung ist festzuhalten: Gentechnologie ist ein Musterbeispiel für jene Bereiche, die international verbindlicher Regelungen bedürfen. Für ihre industrielle Anwendung der Gentechnologie müssen insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft einheitliche Sicherheitskriterien entwickelt werden. Nur so kann das Ausweichen von Investoren in EG-Mitgliedstaaten mit weniger strengen Sicherheitsauflagen verhindert werden.

(-/20.2.1984/vo-he/rs)

+

+

+

